

ideologien

Aufweichung der Kampfzone

2006 mussten die „Neocons“, die sendungsbewussten Kriegstreiber rund um George W. Bush, endgültig das Feld räumen. Das ist keine uneingeschränkt gute Nachricht, meint *Sebastian Heinzl*.

Im UN-Hauptquartier an Manhattans East River hatten Diplomaten aller Herren Länder am 5. Dezember sichtlich Mühe, kein Lächeln über ihre Lippen huschen zu lassen. Soeben war bekannt geworden, dass der amerikanische UN-Botschafter John Bolton, das meistgefürchtete Raubein auf dem diplomatischen Parkett, seinen Posten räumen würde. UN-Generalsekretär Kofi Annan musste angestrengt nachdenken, bis ihm irgendetwas Positives zum scheidenden Schnurrbartträger einfiel. „Er hat den Job getan, der von ihm erwartet wurde“, rang Annan sich schließlich ab. Viel vernichtender können diplomatische Urteile nicht ausfallen.

Die UN-Karriere des leidenschaftlichen UN-Verächters John Bolton ist zu Ende – und nicht nur seine: Bolton ist einer der Letzten aus der Riege der so genannten Neocons, jener Politiker und Intellektuellen, welche die konfrontative US-Außenpolitik der vergangenen fünf Jahre so entscheidend geprägt haben. Fast alle sind zurückgetreten, wurden gefeuert, verloren, wie Ex-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, ihre Protégés oder haben freiwillig das Feld geräumt. „George Bush ist der letzte Neocon an der Macht“, meint William Kristol, Herausgeber des neokonservativen Zentralorgans „Weekly Standard“ und Pate jener Bewegung, die den gesamten Nahen Osten mit Idealismus und Waffengewalt umformen wollte. Stattdessen greifen nun die „Realisten“ rund um den ehemaligen Außenminister James Baker nach dem Ruder, um die USA aus dem irakischen Sumpf zu führen.

Der steile Aufstieg – und ebenso tiefe Fall der Neocons – erfolgte rasch. Vor den Anschlägen des 11. September 2001 bildeten sie lediglich eine von vielen Gruppierungen mit spezifischen Vorstellungen über die amerikanische Außenpolitik. Sie hatten keine besonderen Machtpositionen inne: Ihr ranghöchstes Mitglied war Paul Wolfowitz, der Stellvertreter von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld. John Bolton war im Außenministerium für Rüstungskontrolle zuständig, Richard Perle beriet das Verteidigungsministerium, Douglas Feith arbeitete dort als Unterstaatssekretär, Lewis Libby war der Stabschef von Vizepräsident Dick Cheney, und David Frum schrieb Reden für Präsident Bush.

In Think Tanks wie dem American Enterprise Institute und Zeitschriften wie dem „Weekly Standard“ oder der „National Review“ formulierten die Hardliner früh ihre radikale Vision: Die USA sollten ihre überlegene Militärmacht dafür einsetzen, das Böse in der Welt

offensiv zu bekämpfen und das Gute – Demokratie, Menschenrechte, amerikanische Werte – zu verbreiten. Internationale Verträge oder die Vereinten Nationen würden die USA dabei nur unnötig binden und schwächen. Im Nahen Osten standen die Neocons bedingungslos auf der Seite der einzigen Demokratie in der Region, Israel, und es wurmte sie immer noch enorm, dass George Bush senior im Golfkrieg 1991 den Tyrannen Saddam Hussein nicht beseitigt hatte. „Die Neocons hatten ihre Ideen längst entwickelt“, sagt der renommierte Historiker Paul Kennedy von der Universität Yale im Interview mit profil: „9/11 gab ihnen die Gelegenheit, sie umzusetzen.“

Im April 2003 war die neokonservative Vision teilweise bereits Realität. US-Truppen standen in Kabul und Bagdad, die Taliban und Saddam Hussein waren gestürzt worden. Die Demokratisierung des Nahen Ostens schien erfolgreich initiiert, im Siegesrausch sahen manche Neocons die USA schon als neues, heilbringendes Imperium. Richard Perle fasste erschrockenen europäischen Diplomaten gegenüber die amerikanische Außenpolitik mit zwei Worten zusammen: „Who’s next?“ Der Iran und Syrien hatten guten Grund, sich angesprochen zu fühlen.

Die kleine Gruppe von Ideologen schien die US-Außenpolitik so umfassend gekapert zu haben, dass wilde Verschwörungstheorien über ihren Einfluss zu kreisen begannen. Doch von Kaperung könne keine Rede sein, argumentieren die beiden „Economist“-Journalisten John Micklethwait und Adrian Wooldridge in ihrem Buch „The Right Nation“, dem wohl besten aktuellen Werk über den US-Konservatismus. Vielmehr schwenkte das rechte Amerika diesseits von Präsident Bush nach 9/11 freiwillig auf die neokonservative Linie ein. Die Neocons schienen einfache Antworten auf die diffuse Bedrohung durch islamistischen Terror zu haben. Und dank der Betonung des Militärischen gefiel ihr Rezept auch nationalistischen Politikern wie Vizepräsident Dick Cheney und Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, die der Demokratisierung ferner Länder sonst wenig abgewannen. Präsident Bushs Reaktion auf 9/11 war „ausgesprochen ehrgeizig und radikal – und ausgesprochen neokonservativ“, schreiben Micklethwait und Wooldridge.

Schon 2002 fand die neokonservative Idee des Präventivschlags Eingang in die offizielle amerikanische Sicherheitsdoktrin, die National Security Strategy. Seinen ▶



Kein Glück für Präsident George W. Bush

„Der Präsident hat ‚Freiheit‘ zu einem schmutzigen Wort gemacht, und es muss vorsichtig rehabilitiert werden“

George Packer,
„The New Yorker“

rhetorischen Höhepunkt fand der Neokonservatismus aber in jener Rede, die Präsident George W. Bush bei der Angelobung zu seiner zweiten Amtszeit am 20. Jänner 2005 hielt. In ihrem Idealismus und ihrer Reichweite war sie geradezu atemberaubend. „Es ist die Politik der Vereinigten Staaten, demokratische Bewegungen und Institutionen in jedem Land und jeder Kultur zu suchen und ihre Entwicklung zu fördern, mit dem Endziel, die Tyrannei in der Welt zu beenden“, verkündete Bush.

Die amerikanische Außenpolitik schwankt spätestens seit dem moralistischen Präsidenten Woodrow Wilson (1913 bis 1921 im Amt) zwischen Idealismus und Realismus, zwischen Sendungsbewusstsein und skrupelloser Machtpolitik. Doch so stark wie unter George W. Bush schlug das Pendel kaum je zur offensiven Weltverbesserung aus, vor allem nicht unter konservativen Präsidenten. „Die Bush-Doktrin war ein dramatischer Bruch mit den alten republikanischen Vorstellungen von Außenpolitik“, so Micklethwait und Wooldridge.

Als Bush seine hehre Rede hielt, stand das neokonservative Projekt im Irak freilich längst vor dem Scheitern. Die US-Soldaten waren nicht, wie erhofft, als Befreier begrüßt worden, sondern sahen sich mit einem hartnäckigen und blutigen Aufstand konfrontiert. „Die größte Tragödie der Präsidentschaft von George W. Bush ist, dass er die fundamental richtige Idee für den Umgang mit dem radikalen Islam hatte“, meint Fareed Zakaria, Chefredakteur von „Newsweek International“, im Gespräch mit profil. „Die Idee nämlich, damit aufzuhören, repressive Diktaturen im Nahen Osten zu stützen, die eine ebenso repressive Opposition heranzüchten. Das Problem ist, dass Bush und seine Regierung taub dafür sind, wie man so etwas angeht. Sie wollen die Welt verändern, aber aus einem Kampfbomber in 10.000 Meter Höhe. Die Ausführung war nicht nur inkompetent, sondern auch arrogant und unsensibel.“

Die Neocons mussten bald einsehen, dass die erste Station auf dem amerikanischen Feldzug für die Freiheit im Nahen Osten auch die letzte sein würde. Die Demokratisierung des Irak „ist offensichtlich schiefgegangen“, räumt der neokonservative Vordenker und Bushs ehemaliger Redenschreiber David Frum (© „Achse des Bösen“) zerknirscht ein. Die vielen jungen Karrieristen, die sich ihre ersten Reisepässe besorgt hatten, um von Washingtons rechten Think Tanks in Bagdads „grüne Zone“ zu wechseln und den schönen neuen Irak aufzubauen, kehrten angewidert heim, als sich die Iraker nicht ihren demokratischen Theorien unterwerfen wollten.

Die Verantwortung an dem Desaster weisen die Neocons weit von sich – etwa Richard Perle im US-Magazin „Vanity Fair“ (Jänner 2007): „Es wurden riesige Fehler begangen, aber nicht von den Neokonservativen, die fast keine Mitsprache hatten, vor allem nicht nach dem Sturz des Regimes in Bagdad. Ich bin es verdammt müde, als Architekt des Krieges beschrieben zu werden.“ Auch David Frum bringt das typische Argument gescheiterter Ideologen vor: Die Bush-Administration habe die neokonservativen Ideen eben nicht richtig umgesetzt. „Das Problem war das Versagen auf höchster Ebene, einen kohärenten Plan zu entwickeln. Der Irak-Krieg wurde nicht konsistent durchdacht“, klagt er. Vor allem gegen Exverteidigungsminister Donald Rumsfeld und dessen mangelnde Begeisterung für den Wiederaufbau richtet sich der Groll der Neocons. Rumsfeld hatte die Plünderungen nach dem Fall Bagdads mit einem lakonischen „So etwas machen freie Menschen halt“ quittiert.

Dass es im Irak lediglich an der Umsetzung haperte, bezweifeln die Vertreter der realistischen Schule der US-Außenpolitik jedoch. „Leute wie Henry Kissinger halten die Annahme, man könne in 11.000 Kilometer Entfernung eine Demokratie erschaffen, für blutige Blödsinn“,

sagt der Historiker Paul Kennedy. Auch Exaußenminister James Baker, dessen Protegé Robert Gates am 18. Dezember das Pentagon übernimmt, hat sich öffentlich über die Idee „einer blühenden Demokratie an den Ufern des Euphrat“ lustig gemacht.

In Washington ist die Erleichterung darüber groß, dass Baker, die „Antithese zu den Neokonservativen“ (so der „Economist“), und seine Iraq Study Group nun für Bodenhaftung sorgen. Ihr Bericht zur Lage im Irak, den sie im Dezember präsentierte, geriet zur beinhalten Abrechnung mit der Politik der Neocons; er könnte auch „Das realistische Manifest“ heißen, kommentierte die „Washington Post“. Über kurz oder lang dürfte nun selbst dem „letzten Neocon“ George W. Bush nichts anderes übrig bleiben, als die Wirklichkeit anzuerkennen und einen strategischen Schwenk zu vollziehen.

Doch auch warnende Stimmen werden laut. So fabelhaft sind Baker und seine Boys nämlich nicht. Während die Neocons vor Sendungsbewusstsein platzen, fehlt es den Realisten mitunter an moralischen Skrupeln. Das letzte Mal waren sie unter George Bush senior an der Macht – und lobten die chinesische Führung 1989 für das Massaker am Tiananmen-Platz. „Es war widerlich mitanzusehen, wie das Team von Vater Bush entschied, nicht einzuschreiten, als Saddam 1991 tausende unschuldige Kurden und Schiiten abschlachtete“, erinnert sich die „New York Times“-Kolumnistin Maureen Dowd. Und 1992 zeigten die Realisten auch nicht das geringste Interesse, gegen den Völkermord in Bosnien einzuschreiten. „Diese Tragödie kann nicht von außen beendet werden, und es ist verdammt noch mal Zeit, dass das alle verstehen“, schimpfte der damalige Außenminister Lawrence Eagleburger, der heute Mitglied der Baker-Kommission ist.

Wenn sich die USA nun von der Verbreitung von Demokratie und Menschenrechten in der Welt abwenden, sind nicht nur die rechten Neocons die Verlierer, sondern auch die Idealisten links der Mitte – Politiker vom Schläge Bill Clintons, die bereit sind, gegen eklatante Menschenrechtsverletzungen notfalls auch militärisch einzuschreiten. „Der Irak-Krieg dämpft die Hoffnung all jener, die Demokratie und Menschenrechte in den Nahen Osten bringen wollen – sowohl der Neokonservativen als auch der liberalen Interventionisten“, sagt Historiker Kennedy.

Der amerikanischen Öffentlichkeit dürften militärische Interventionen in den kommenden Jahren nur schwer zu verkaufen sein. „Die Amerikaner haben keinen Appetit mehr aufs Kämpfen“, meint George Packer, Autor mehrerer Bücher über die US-Außenpolitik und Mitarbeiter des angesehenen Magazins „The New Yorker“. Die Chancen, dass Washington etwa amerikanische Soldaten gegen das Morden im Sudan aufbietet, scheinen gleich null. Schon jetzt fürchten Menschenrechtler an amerikanischen Universitäten und in internationalen NGOs, dass ihre Arbeit im Ausland in Zukunft deutlich schwieriger werden wird: Ohne die glaubhafte Drohung einer amerikanischen Intervention im Rücken, können sie despotischen Regimes kaum Zugeständnisse abringen.

Nicht nur die zum Realismus bekehrten Republikaner, auch die Demokraten zeigen derzeit wenig Begeisterung für eine engagierte Außenpolitik. In ihrem aktuellen Parteiprogramm spreche die demokratische Führung „viel von Hafensicherheit und Nothilfe, aber sie sagt nichts über Reformen in der arabisch-moslemischen Welt“, kritisiert George Packer. „In den kommenden Jahren werden wir oft zu hören bekommen, dass wir uns auf unsere Probleme zu Hause konzentrieren müssen. Der Präsident hat ‚Freiheit‘ zu einem schmutzigen Wort gemacht, und es muss vorsichtig rehabilitiert werden, bevor es wieder als Parole verwendet werden kann.“ ■



Kein Mitleid für Exverteidigungsminister Donald Rumsfeld